

Gemeindeversammlung vom 27. September 2013

Da müsst ihr durch, es gibt keine Alternative! Und es ist gut so, Amen! – Das ist der Kern der Botschaft, die ein beredter Projektleiter den Anwesenden vermittelt und dazu seine Ausführungen auf die Leinwand projiziert. Das Hauptgeschäft der Valser Gemeindeversammlung befasst sich mit der Umwandlung des Elektrizitätswerks von einem gemeindeeigenen Regiebetrieb in eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt. Diese Umstellung, denkt der stille Beobachter auf der Empore, muss zweifellos das Ergebnis häufiger Stromunterbrüche, undurchsichtiger Strompreismanipulationen und ungerechtfertigt hoher Bezüge der drei EW-Kommissionsmitglieder sein. Und vielleicht haben die Angestellten des EW zwei linke Hände, montieren die Anschlüsse an die Liegenschaften verkehrt und an den unzugänglichsten Orten und schlampen beim Unterhalt der Verteileranlagen. – Lieber Leser, liebe Leserin, ihr merkt es, so ist es nicht. Die eher einfache Aufgabe, die Bevölkerung und das Gewerbe mit kostengünstigem von den KWZ bezogenem Strom zu versorgen, hat in den letzten 50 Jahren gut funktioniert, der Kleinbetrieb hat flexibel auf die bauliche Entwicklung der Gemeinde reagiert, die Valser Strompreise gehören zu den niedrigsten der ganzen Schweiz.

Der Projektleiter erklärt den gesetzgeberischen Rahmen, die Strommarktliberalisierung. Der Markt spiele, unternehmerischer Freiraum und operationelle Flexibilität seien deshalb notwendig etc. etc. Er unterstreicht die positiven Seiten der Entwicklung für Gemeinde und Bevölkerung, die Konzessionsgebühren, Gewinnausschüttung auf das Aktienkapital, das vollumfänglich der Gemeinde gehöre, die Verwaltungskommission, die das Gebaren der Anstalt kontrollieren werde. Nachteile, Gefahren, Risiken oder Alternativen gibt es, wenn man dem Referenten zuhört, nicht.

Die Diskussion, zu der er einlädt, bleibt aus. Bewegungslos und stoisch blicken die rund hundert Anwesenden nach vorne ... Halt, da meldet sich eine Stimmbürgerin und beantragt, dass ein Mitglied der eben erwähnten Verwaltungskommission von der Gemeindeversammlung bestimmt werde. Der Antrag wird diskussionslos abgelehnt (81: 8). – Jetzt fragt ein Stimmberechtigter, ob das selbstständige Unternehmen den billigen Strom der KWZ teurer ins Unterland verkaufen könnte? (Er hat die Marktliberalisierung begriffen). Nein, das erlaube der Vertrag der Gemeinde mit den KWZ nicht. – Was es mit den ökologischen Grundsätzen auf sich habe, nach denen der neue Betrieb geschäftlich solle?, fragt die Antragstellerin von vorher. Der Gemeindepräsident, in aufgeräumter Stimmung, gibt zwei Stichworte: erneuerbaren Ressourcen und Energiesparen. – In den folgenden Abstimmungen werden die neuen rechtlichen Grundlagen (Gesetz, Konzessionsvertrag, Statuten), die den Stimmberechtigten in einer Urnenabstimmung noch vorgelegt werden müssen, ohne Gegenstimmen angenommen. Aber es gebe auch Stimmenthaltungen, meint die Antragstellerin von vorher und fordert, diese in Zukunft auch zu zählen. Dem kann sich der Gemeindepräsident schwer widersetzen und er ist froh, dass es bei der nächsten Abstimmung nur eine Stimmenthaltung gibt, nämlich die der hartnäckigen Antragstellerin.

Auch das nächste Traktandum ist stark technischer Natur und unbestritten: Die Ortsplanung muss geringfügig, scheint es auf dem projizierten Plan, so angepasst werden, dass sich die Truffer AG im Steinbruch «Jossagada» unternehmerisch weiter entwickeln kann.

Unter Varia stellt die couragierte Antragstellerin von vorher (sie gehört klar dem Lager der Beschwerdeführenden an) Fragen zur Liquidierung der Hotel und Thermalbad Vals AG (Hoteba) und der Neugründung der «7132 AG» trotz laufender Verfahren: Wie beurteilt der

Gemeinderat diese Veränderung, insbesondere den neuen Zweckartikel? (Sie liest den in Juristendeutsch verfassten Artikel vor; der Beobachter übersetzt still für sich: Es geht darum, das Hin- und Herschieben von Geld und Vermögenswerten – Sicherheiten, Darlehen, Übereignungen etc. – zwischen der 7132 AG und anderen Firmen oder Privatpersonen unbeschränkt zu ermöglichen). Dies sei ein hochproblematischer Punkt, meint die Stimmbürgerin, denn es erlaube unter anderem, Mittel aus der früheren Hoteba AG zur Unterstützung anderer Firmen und Personen des «Imperiums Stoffel» abzuziehen. Ob der Gemeinderat hellhörig geworden oder gar alarmiert sei? Ob er sich eingeschaltet habe? Ob die ‚ruhende‘ Hoteba-Kommission spätestens jetzt erwacht und einberufen worden sei?

Der Gemeindepräsident beruhigt: Der Gemeinderat sei sich seiner Verantwortung bewusst. Er betrachte die jetzige Gesellschaft als private Firma, die tun und lassen könne, was sie wolle. Bisher habe sie sich an alle vertraglichen Abmachungen gehalten. Es gebe keinen Grund anzunehmen, dass sie dies nicht auch in Zukunft tun werde.

Die Fragestellerin unternimmt einen letzten Versuch: Ob er, der Gemeindepräsident, wenn er ehrlich sei, noch daran glaube, dass der «Rückabwicklungsvertrag» im Lichte der zwischenzeitlich getätigten Rechtsgeschäfte und der Auflösung der Hoteba überhaupt noch angewendet werden könnte, sollte das Bundesgericht den Beschwerdeführenden Recht geben? – Der Gemeindepräsident antwortet fest: Wenn es soweit käme, was er nicht glaube, würde alles zurück abgewickelt. (Diese Aussage merkt man sich.)

Fazit: Diese Gemeindeversammlung gehört zum Typus der Technischen. Dabei wird der politische Gehalt der Geschäfte unter vielen technischen Erläuterungen versenkt und versteckt. Der Vorteil: Sie dauern nicht bis Mitternacht. Wer aber sind jene, die (von wenigen Ausnahmen abgesehen) so emotionslos und ohne Fragen an diesen Gemeindeversammlungen teilnehmen? Entweder sind es technisch Versierte, denen man nichts zweimal erklären muss, was der Beobachter nicht glauben mag. Oder es ist umgekehrt, sie vertrauen dem Sachverstand des Gemeinderates, weil alles zu kompliziert ist? Oder sind es Resignierte, jedoch Pflichtbewusste: Der Besuch der Versammlung als Bürgerpflicht, aber ändern kann man sowieso nichts?

Zum dunklen Geschäft der Gemeinde – in dessen Folge die provisorischen Besitzer und neuen Ämter-Bekleider heftig um konzeptuelle Klarheit und wirtschaftlichen Erfolg ringen, rudern und beten – beruhigt der Gemeinderat standhaft. Und die Versammlungsmehrheit will dazu nichts mehr hören, sehen, sagen.

Buna not! Dorma bain!, summt der Beobachter, auch weil es von CLAP in der Kapelle von Leis, am 1. September, so innig und herzerwärmend schön gesungen worden war.